
Positionspapier des VBE Bundesvorstandes

Lehrkräfte vor Gewalt schützen!

Nach einer ersten Befragung von Lehrkräften im Jahr 2016 und Umfragen unter Schulleitungen in den Jahren 2018, 2020 und 2022 ist es dank der Initiative des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) gelungen, das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte, gestützt durch repräsentative Umfragen, in den öffentlichen und politischen Diskurs zu rücken. Fakt ist: Die Anzahl von Schulen, an denen es zu unterschiedlichsten Formen von Gewalt gekommen ist, ist zwischen 2018 und 2020 stark angestiegen und hat sich seither auf einem besorgniserregend hohen Niveau eingependelt. Besonders bei der Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen aufgrund der Coronapandemie hat sich der gesellschaftliche Unmut an Schulleitungen und Lehrkräften entladen. Auch diese bedenkliche Entwicklung hat der VBE mithilfe einer zielgerichteten Umfrage medial begleitet.

Auch wenn in den Bundesländern die Tragweite des Themas nicht mehr negiert wird, hat die aktuelle Umfrage, die am 11. November 2022 veröffentlicht wurde, belegt, dass es weiterhin an vielen Schulen zu Gewalt gegen das dort tätige Personal kommt. Die Studie zeigt, dass es innerhalb der letzten fünf Jahre an zwei Dritteln der Schulen Vorfälle psychischer Gewalt und an jeweils einem Drittel der Schulen Fälle von Cybermobbing oder körperlicher Gewalt gegen Lehrkräfte und/oder Schulleitungen gegeben hat. Die Hälfte der befragten Schulleitungen berichtet von einem Anstieg gewaltsamer Übergriffe seit Beginn der Coronapandemie. Lehrkräfte und Schulleitungen werden mehr und mehr zum Ziel für den Unmut in Teilen unserer Gesellschaft. Eine Ursache für Gewaltvorfälle ist, dass die Politik bei Eltern Erwartungen schürt, die die Schulen aufgrund mangelnder Ressourcen nicht erfüllen können.

Die politisch Verantwortlichen sind gefordert, sich des Schutzes der Lehrkräfte deutlich stärker anzunehmen. Das Minimum, das Lehrkräfte in Erfüllung ihrer Dienstpflicht erwarten können, ist ihre körperliche und psychische Unversehrtheit.

Die weiterhin unhaltbar hohe Zahl von Schulen, an denen es zu Gewaltvorfällen kommt und der Umstand, dass das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte wieder zunehmend als Tabu empfunden wird, obwohl es hier in den Jahren 2016 bis 2020 eine positive Entwicklung gab, muss für die Politik ein Weckruf sein. Maßnahmen zum Schutz von Lehrkräften sind umgehend geboten.

Der VBE fordert daher:

- Die Politik muss der zunehmenden Gewalt gegen das pädagogische Personal an den Schulen entschieden entgegenreten und dem Schutz von Lehrkräften und Schulleitungen oberste Priorität geben.

- Gewalt gegen Lehrkräfte darf kein Tabu-Thema mehr sein. Die politisch Verantwortlichen müssen hier Transparenz schaffen und Gewalt gegen Lehrkräfte zum Teil der öffentlichen Auseinandersetzung machen.
- Vorfälle müssen verpflichtend dokumentiert und in öffentlich zugänglichen Statistiken überführt werden.
- Betroffene Lehrkräfte müssen die volle Unterstützung des Dienstherrn erhalten. Dazu gehören niedrigschwellig erreichbare Anlaufstellen, konkrete Mechanismen, die nach Gewaltvorfällen greifen, aber auch Angebote, die Betroffene bei der Aufarbeitung der Gewalterfahrungen sowohl juristisch als auch psychologisch unterstützen.
- Schulen müssen durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden.
- Das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte, Prävention, der Umgang nach gewaltsamen Übergriffen, aber auch die Vermittlung von Medienkompetenzen als Prävention gegen Cybermobbing muss verstärkt Teil eines breiten Fortbildungsangebots werden.

Berlin, 16. Dezember 2022